



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Beschlussvorlage

Drucksachen Nr.: BV/VIII/0314 Beschlussdatum: 27.08.2026
Beschluss-Nr.: STV 14/22/2026

Gegenstand: Überprüfung der städtischen Mittel für die Partnerschaft für
Demokratie Neubrandenburg – Haushaltskonforme Neuausrichtung
der Projektförderung

Behandlung: öffentlich
Einreicher: Ratsherr Tim Großmüller

Beratung	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Bef.	
Finanzausschuss	08.07.2026	-	-	-	-	beraten
Stadtvertretung	27.08.2026	6	26	-	-	abgelehnt

Neubrandenburg, 08.06.2026

gez. Tim Großmüller
Ratsherr

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung Neubrandenburg fasst gemäß § 22 Abs.2 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie Neubrandenburg (PfD NB) verausgabten und gebundenen städtischen Haushaltsmittel – einschließlich Personal- und Sachkostenäquivalente sowie Eigenanteile – für die Jahre 2022 bis 2025 vollständig und transparent aufzulisten und der Stadtvertretung bis zum 30. September 2026 vorzulegen.
2. Die Verwaltung prüft, welche der im Rahmen der PfD NB geförderten Einzelprojekte einen nachweisbaren, messbaren Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg erbracht haben. Das Prüfergebnis ist in der Vorlage nach Ziffer 1 darzustellen.
3. Bis zur Vorlage der Prüfergebnisse werden keine neuen städtischen Haushaltsmittel für Projekte der PfD NB über den gesetzlich vorgeschriebenen Eigenanteil zur Bundesprogrammförderung hinaus bewilligt.
4. Die Stadtvertretung beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Reduzierung der städtischen Beteiligung an der PfD NB auf das programmrechtlich notwendige Minimum möglich und haushaltlich geboten ist.
5. Der Antrag wird zur Beratung an den Finanzausschuss verwiesen. Nach Beratung ist der Stadtvertretung eine Beschlussempfehlung vorzulegen.

Finanzielle Auswirkungen:

Klimarelevanz:

Auswirkungen auf den
Klimaschutz

☐ ja, positiv*

☐ ja, negativ*

☒ nein

*Erläuterung:

Begründung:

1. Ausgangslage

Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg beteiligt sich seit 2016 an der Partnerschaft für Demokratie Neubrandenburg (PfD NB) als lokale Umsetzungsstruktur des Bundesprogramms Demokratie leben! des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zum 1. Januar 2025 ist die dritte Förderperiode (2025–2032) gestartet – eine erneute Bindung städtischer Ressourcen für mindestens sieben weitere Jahre.

Die PfD NB vergibt über einen sogenannten Aktions- und Initiativfonds Kleinstprojektmittel an lokale Träger, Vereine und Initiativen. Die Stadt stellt dafür nicht nur den gesetzlich geforderten Eigenanteil bereit, sondern bindet zusätzlich Personalkapazitäten der Verwaltung, Sachkosten sowie Infrastruktur.

2. Haushaltslage und Verantwortung

Im Zuge des anhaltend angespannten Haushaltes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg ist es elementar, jeden eingesetzten Euro öffentlicher Mittel auf seinen tatsächlichen Nutzen für die Stadtbevölkerung zu überprüfen. Dies gilt insbesondere für freiwillige Leistungen und Kofinanzierungen von Bundesprogrammen, bei denen die Stadt über das gesetzliche Minimum hinausgeht.

Die Wählergemeinschaft Der Blaue Weg stellt fest: Während an anderer Stelle im städtischen Haushalt gespart, gekürzt und priorisiert werden muss – bei Straßen, Sportstätten, Infrastruktur und bürgernahen Dienstleistungen – fließen städtische Mittel in ideologisch ausgerichtete Projektförderung ohne nachgewiesene Wirkungsmessung. Das ist gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu rechtfertigen.

3. Fehlende Transparenz und Wirkungsmessung

- Geförderte Projekte der Pfd NB werden auf der städtischen Website und unter demokratie-nb.de aufgelistet, jedoch ohne systematische Erfolgsmessung oder Wirkungsnachweis.
- Der tatsächliche Umfang der städtischen Gesamtbelastung – inklusive Personalkosten der koordinierenden Verwaltungsstelle – ist der Stadtvertretung nicht vollständig bekannt.
- Eine Kosten-Nutzen-Bewertung einzelner geförderter Maßnahmen wurde bislang nicht vorgelegt.
- Die Förderentscheidungen im Aktions- und Initiativfonds erfolgen durch einen Begleitausschuss, dessen Zusammensetzung und Entscheidungskriterien für die Stadtvertretung nur eingeschränkt nachvollziehbar sind.

4. Vergleich mit anderen Kommunen

Im Ilm-Kreis (Thüringen) haben CDU, AFD und Freie Wähler im Jahr 2025 gemeinsam städtische Mittel für vergleichbare NGO-finanzierte Programme gestrichen und damit ein klares Signal für haushaltsverantwortliche Kommunalpolitik gesetzt. Dieser Schritt ist Ausdruck eines wachsenden politischen Konsenses: Steuergelder müssen dort eingesetzt werden, wo sie unmittelbar und nachweisbar der Stadtbevölkerung zugutekommen – nicht zur Finanzierung von Netzwerkstrukturen mit ideologischer Ausrichtung und unklarer Wirkung.

Die Wählergemeinschaft Der Blaue Weg vertritt die Auffassung, dass die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg sich an diesem Beispiel orientieren und die eigene Beteiligung an der Pfd NB kritisch überprüfen sollte.

5. Rechtliche Einordnung

Die Beteiligung der Stadt an der Pfd NB ist keine Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Sie ist eine freiwillige Leistung im Rahmen einer Bundesförderstruktur. Die Stadt ist lediglich zur Bereitstellung eines Mindest-Eigenanteils verpflichtet, sofern sie am Bundesprogramm teilnimmt – nicht jedoch zur darüber hinausgehenden Bereitstellung von Personalkapazitäten, Sachkosten oder zusätzlichen Projektmitteln.

Die Stadtvertretung hat als oberstes Willensbildungs- und Beschlussorgan gemäß § 22 KV M-V das Recht und die Pflicht, die Verwendung städtischer Mittel zu überwachen und zu steuern – auch bei ko-finanzierten Bundesprogrammen.

6. Fazit

Die Wählergemeinschaft Der Blaue Weg fordert keine pauschale Ablehnung zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie fordert Transparenz, Wirkungsmessung und haushaltsverantwortlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Wer Steuergelder einsetzt, muss nachweisen können, dass diese Mittel im Interesse der gesamten Stadtgesellschaft wirken – und nicht primär zur Finanzierung politisch einseitiger Strukturen dienen.